

Thietz (Die Liberalen):

Könnten Sie sich vorstellen, daß die Lösung dieser Probleme, die zweifellos hart auf der Tagesordnung stehen, sich viel einfacher gestalten würden, wenn wir das in einem vereinten Deutschland angehen? Das heißt also, könnten Sie sich der Auffassung anschließen, daß man aus allen diesen Gründen die politische Einheit möglichst schnell nach der wirtschaftlichen vollziehen sollte?

(Beifall vorwiegend bei Liberalen und CDU/DA)

Creter (CDU/DA):

Genau das ist eigentlich der Kernpunkt unserer Gedankengänge. Je länger es dauert, daß wir diese Gesetze bei uns für verbindlich erklären, um so größer werden auch der Schaden bzw. die auf dem Wege dahin nicht wiedergutzumachenden Ereignisse.

Lassen Sie mich bitte noch abschließend sagen: Wir haben uns als Handwerkskammer für Ostthüringen auch im Ministerium für Wirtschaft mit den Vertretern des Herrn Minister Pohl darüber verständigt, wie wir ganz konkret die Situation bis zum 1.9. beherrschen können, und dazu gibt es eine ganze Reihe von Initiativen und auch Unterstützungspaketen, die u. a. auch durch partnerschaftliche Beziehungen zu Kammern und Kammerbezirken in der Bundesrepublik entstanden sind. Das heißt in unserem Fall: Die Handwerkskammer für Oberfranken hat mit uns einen Vertrag abgeschlossen. Und so wird eigentlich in allen Kammerbezirken gearbeitet, um hier mit der notwendigen Hilfe zur Selbsthilfe echte Angebote zu machen und uns in die Lage zu versetzen, daß wir ab 1.9. die Ausbildung so beginnen können, wie man das von uns erwartet, daß also ein Ausgebildeter in der Lage ist, in jedem Land der BRD oder in einem Bundesland seinen Beruf auszuüben, ohne daß er durch seine Ausbildung Nachteile hätte.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Eine Zwischenfrage!

Nooke (Bündnis90/Grüne):

Herr Abgeordneter! Meinen Sie, daß die Art und Weise, wie gestern das völlig unzureichend geänderte Treuhandgesetz fast unter Nötigung vom Wirtschaftsausschuß bestätigt werden sollte und wurde, wenn man da etwas nachfragt, Haarspalterei ist? Und meinen Sie, daß es so, wie es jetzt vorliegt, dem Mittelstand eine Chance gibt, daß zureichend geklärt ist, wie die Grund- und Boden-Erwerbe durch DDR-Bürger geschehen können, wie alle an einer breiten Vermögensbildung beteiligt werden können, wie aus den alten Betrieben, die konkurs gehen, schnell etwas in DDR-Bürgerhände gerät und für den Mittelstand nutzbar gemacht werden kann? Meinen Sie, daß wir hier als Parlamentarier eine Entwicklung verzögern oder uns nicht gerade dafür eingesetzt haben, einen Mittelstand zu fördern und uns Interessen zu eigen gemacht haben, die einer Grünen oder Bündnisfraktion ja vielleicht gar nicht zuerst zukämen, sondern womit andere Wahlkampf gemacht haben? Ich hätte gern manchmal mehr von Ökologie geredet.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Creter (CDU/DA):

Herr Nooke, Sie haben selbst die Antwort gegeben. So, wie Sie Ihre Frage gestellt haben, wird auch diskutiert von Ihrer Seite aus.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Bogisch.

Bogisch für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man bedenkt, daß Handwerk, Gewerbe und der Mittelstand das Rückgrat einer modernen sozialen Marktwirtschaft bilden, dann weiß man um die Bedeutung und Brisanz dieser Frage im Moment. Und es hat für mich keinen Zweck, von dieser Stelle aus unrealistische Pläne als Sozialdemokrat zu schmieden, da ja offensichtlich die praktische Umsetzung im Moment noch nicht gegeben ist. Hierbei mangelt es nicht so sehr an Ideen und gutem Willen bei allen Beteiligten, sondern an den schon beschriebenen objektiven oder subjektiven Gründen, z. B., daß es keine Arbeitskräfte gibt, keine Gewerberäume, die Frage Grund und Boden nicht geklärt ist, so daß für Handwerk, Dienstleistung und freie Berufe die Existenz auf dem Spiel steht.

Folgende Probleme treffen die Kommunen und Handwerker, das Gewerbe und die Mittelständler beidseitig.

Erstens ist die Frage des Geldes, die auch der Herr Minister angeschnitten hat, der Kredite, nicht hinlänglich geklärt. Weder in der jetzigen, noch in der zukünftigen Phase nach der Währungsunion.

Zweitens die Frage von Grund und Boden, die ja mehrmals angeschnitten wurde, ist für uns nicht hinlänglich geklärt. Es sei nur erinnert an den Beitrag der DBD/DFD und an die Frage des Kommunaleigentums. Die Kommunen sind in die Lage versetzt, Steuereinnahmen zu machen, Gewerbe genehmigungen zu vergeben, haben aber noch keinen Grund und Boden.

Drittens die Fragen des know how. Ich halte es für unrealistisch, allen Handwerkern einreden zu wollen, mit ihrem jetzigen know how auch mit dem know how der Beamten hier eine Chance zu haben.

Und damit komme ich zum vierten. Hier muß dringend auf allen Seiten Beratungstätigkeit aufgenommen werden. Das ist das Gebot der Stunde, in Kommunen und in Handwerkskammern und für Mittelständler.

Deshalb, und damit komme ich zum Schluß, schlage ich zwei Sachen von hier aus im Namen der Sozialdemokraten und in meinem eigenen Namen vor:

1. Wir sollten ein breites parteienübergreifendes Aktionsbündnis aus den zuständigen Ministern, den Parteien und den — Kommunen schließen, und uns hier in diesem Hause mit den Ministerien und Kommunen ein strukturpolitisches Konzept erarbeiten, das einer modernen Arbeitsmarktpolitik gerecht wird.

Und 2. - und das als Appell aus diesem Hause hinaus - wir sollten die Kommunen der Bundesrepublik, die noch keine Partnerkommunen und -Städte in der DDR haben, auffordern, in die DDR zu gehen und dort zu helfen, vor Ort; denn selbständig, so meine ich, werden wir dieses Problem nicht lösen können. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster hat das Wort der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident de Maiziere:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte zu einigen aufgeworfenen Fragen meine Stellungnahme abgeben.